

„Gut, dass es mehr Hochschulen in der Fläche gibt“

Bald ist Bundestagswahl. Im Wahlkreis 230, der aus Rottal-Inn, Dingolfing-Landau und sieben weiteren Gemeinden im Landkreis Landshut besteht, gibt es elf Direktkandidaten. Die PNP hat sie zu verschiedenen Themen befragt und veröffentlicht in den folgenden Tagen die einzelnen Interviews und Kurzporträts. Heute: Severin Eder von der SPD

Sie treten in einem ländlich geprägten Wahlkreis auf. Hier gilt es, die Belange der Bauern im Auge zu behalten. Wie bringen Sie diese in Einklang mit den Themen Umweltschutz und Klimawandel? Da gibt es ja durchaus Konfliktpotenzial?

Umweltschutz liegt im ureigensten Interesse der Landwirtschaft. Deshalb sehe ich hier kein Konfliktpotenzial. Unsere Landwirte kennen die lokalen Gegebenheiten so gut, wie niemand anderes, deshalb müssen wir unsere kleinbäuerlichen Strukturen stärken. Als SPD wollen wir die Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann. Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, muss den selbst-wirtschaftenden Betrieben vor Ort zustehen. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Deshalb möchte ich ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen.

Viele fordern wegen des zunehmenden Verkehrs eine schnelle Fertigstellung der A94. Wie würden Sie sich als Heimatabgeordneter hier positionieren?

Die Orts-SPD um Alfred Feldmeier, wie auch der Stadtrat und der Kreistag, fordern die Umsetzung der langen Tunnelvariante im Simbacher Stadtgebiet. Auch in Ering fordern wir eine tiefer liegende Trasse, als es momentan vorgesehen ist, um die Ausbreitung des Lärms zu vermindern. In Kirchdorf und Julbach stehen wir voll hinter den Forderungen der Bürger bezüglich Lärmschutz. In jedem Fall muss der Bau im Inntal dringend forciert werden, da die Fertigstellung der A94 im Westen und Osten voranschreitet und dadurch der Verkehr auf der zweispurigen B12 dramatisch zunimmt.

Einerseits beklagen sich Bürger über die schlechte Mobilfunk-Abdeckung in der Region, andererseits gibt es große Bedenken im Hinblick auf den Ausbau der 5G-Technik. Wie stehen Sie zum Mobilfunkausbau?

In Bezug auf die 5G-Technologie lässt sich feststellen, dass nach aktuellem wissenschaftlichem Stand keine Risiken nachweisbar sind. Es kann jedoch auch nicht

restlos ausgeschlossen werden, dass gesundheitliche Gefahren bestehen. Deshalb spreche ich mich dafür aus, weitere wissenschaftliche Untersuchungen durchzuführen. Davon abgesehen ist jedoch die Abdeckung in unserer Region wichtiger als die Frage, ob man seine Filme auf dem Handy in Full HD oder 4K anschauen kann. Wir benötigen hier mehr Tempo, damit wir eine lückenlose Abdeckung herstellen.

Auch gegen die Standorte von Solarparks und Windkraftanlagen regt sich oft Widerstand. Wie ist hierzu Ihre Einstellung?

Die Klimakrise erfordert einen massiven Ausbau an erneuerbaren Energien, deshalb müssen wir massiv in die Infrastruktur inves-



tieren und vor allem Standorte für die Solar- und Windenergie schaffen. Manchmal hat man das Gefühl, dass zwar alle für Klimaschutz sind, aber wenn's drauf ankommt nach dem St.-Florians-Prinzip agieren.

Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien und die Beteiligung der Bürger vor Ort, beispielsweise durch Energiegenossenschaften, müssen das Herzstück unserer Klimaschutz- und Energiepolitik sein. In einem Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden wollen wir verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Geothermie vereinbaren. Damit die Energiewende vor Ort zur Win-Win-Situation für alle wird, laden wir Bürger und Gemeinden zum Mitmachen ein, indem wir Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale Beteiligungsmodelle ausweiten und nachhaltige Stromanleihen auflagen.

Schon seit Jahren gibt es Bürgerinitiativen und Bürger-Einwände gegen die Errichtung von 380-kV-

Leitungen – auch hier im Wahlkreis. Andererseits fordert die Politik eine Aufrüstung der Trassen, um die Netze stabil zu halten. Was ist Ihre Meinung dazu?

Für die Energiewende und zur Versorgungssicherheit ist der Ausbau der Leitungen zwingend erforderlich. Jedoch muss die Belastung für die Anwohner so gering wie möglich gehalten werden. Die Bürgerenergie alleine würde hier nicht ausreichen. Den Bürgern wurde von der Staatsregierung eine Erdverkabelung versprochen, deshalb haben sie meiner Meinung nach ein Anrecht darauf, dieses auch einzufordern. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass eine Erdverkabelung große Baumaßnahmen mit sich bringt. Wir dürfen aber keine Zeit mehr verlieren, da die Atomkraftwerke bald abgeschaltet werden und die Bürger weiterhin stabil mit Strom versorgt werden müssen.

Der zunehmende Flächenverbrauch und die Bodenversiegelung sollen gestoppt werden. Welche sinnvollen Vorgaben, bzw. Regeln oder Maßnahmen fallen Ihnen hierzu ein?

Bereits 2002 formulierte die Bundesregierung das sog. 30-Hektar-Ziel. Der Flächenverbrauch sollte also bis 2020 von etwa 120 auf 30 Hektar pro Tag schrumpfen. Dieses Ziel wurde verfehlt. Bis 2050 soll netto gar keine Fläche mehr verbraucht werden. Um das zu schaffen, benötigen wir nicht nur den politischen Willen, sondern auch die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen. Wichtig wäre eine Festschreibung des Zielwertes des Flächenverbrauchs im Landesentwicklungsprogramm und die Ausweisung von Eignungsgebieten im Regionalplan sowie die Stärkung der Innenentwicklung von Kommunen inklusive einer Flächenverträglichkeitsprüfung.

Wer in diesem zersiedelten Wahlkreis mobil sein will, braucht ein Auto. Wie stehen Sie zu Verbrennern, zu E-Mobilität und wie viel soll ein Liter Benzin kosten?

Uns allen muss bewusst sein, dass wir in unserem ländlichen Raum auf absehbare Zeit weiterhin auf ein individuelles Fortbewegungsmittel angewiesen sein werden. Dennoch muss zuallererst der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) massiv ausgebaut werden. In erster Linie stehen dabei der Ausbau des Schienennetzes und die Reaktivierung alter Strecken im Vordergrund, aber auch die Taktung muss deutlich erhöht werden. Auch Buslinien müssen neu eingerichtet und bestehende verlängert werden. Als SPD wer-



Severin Eder

den wir einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Gleichzeitig wollen wir, dass der Schadstoffausstoß auf null reduziert wird.

Im Hinblick auf die E-Mobilität müssen wir endlich auf die Tube drücken und beim Ladesäulenausbau dem Bedarf vorausgehen. Im Gegensatz zur Konkurrenz finde ich es falsch, beim Klimaschutz nur auf den CO₂-Preis zu setzen, denn dieser wirkt regressiv, was bedeutet, dass die Besserverdienenden dadurch einen niedrigeren prozentualen Anteil ihres Einkommens abführen, während kleinere und mittlere Einkommen noch stärker belastet werden. Solange es keine bezahlbaren Alternativen zum Verbrenner gibt, halte ich es nicht für richtig, durch das Erhöhen des CO₂-Preises den Benzinpreis weiter zu erhöhen. Wir müssen außerdem alles daran setzen, dass wir die Autos der Zukunft hier bei uns bauen. Wir müssen die Arbeitsplätze verteidigen und gleichzeitig die Produkte und Produktionsverfahren so verändern, dass die Industrie einen Beitrag zu einer klimaneutralen Zukunft leistet.

Auch in unserer Region sind wir nicht vor Hochwasserkatastrophen geschützt. In welchen Bereichen müssen dringend Verbesserungen erreicht werden?

Der Schutz in Simbach mit mehr Durchfluss-Freiraum ist noch lange nicht fertiggestellt. Die SPD fordert hier schnellere Genehmigungen und Baumaßnahmen, um der Bevölkerung schnellstens Schutz zu bieten. Gleichzeitig muss aber auch sichergestellt werden, dass die neue „Grüne Mitte“ in Simbach am Inn gestalterisch natürlich, bürgernah und denkmalfreundlich gestaltet wird.

In Dingolfing gibt es jetzt Pläne, einen Hochschulcampus zu errichten. Welche Vorteile sehen Sie

ZUR PERSON

Name: Severin Eder
Partei: SPD
Position auf der Liste: 27
Geburtsdag: 27. Juni 1992
Geboren in: Eggenfelden
Wohnhaft in: München und Hebertsfelden
Familienstand: ledig
Kinder: keine
Beruf: Krisenspezialist in der Touristik
Hobbys: Fußball, Tennis, Reisen, Lesen
In der Partei seit: 2014
 Erste Kandidatur zum Bundestag
Funktionen in der Partei: Vorsitzender der SPD Rottal-Inn und Dingolfing-Landau
Weitere politische Funktionen und Ämter: keine

Maßnahmen mitträgt. Oftmals wird vergessen, dass auch gerade die jungen Menschen unter den Einschränkungen in der Pandemie gelitten haben und sich extrem solidarisch mit der älteren Generation gezeigt haben. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass KiTas, Schulen, Hochschulen und Universitäten nicht mehr geschlossen werden. Der Einzelhandel und die Gastronomie haben gute Hygienekonzepte vorgelegt und nach dem 3G-Prinzip sehe ich keinen Grund, warum wir diese wieder schließen sollen.

Wie stehen Sie zu einer Corona-Impfpflicht?

Eine Impfpflicht darf es nicht geben. Basta. Aber: Je mehr Menschen geimpft sind, desto besser werden auch Personen geschützt, die sich nicht impfen lassen können. Einer für alle, alle für einen – dieses solidarische Prinzip spielt in der Pandemie-Bekämpfung weiterhin eine entscheidende Rolle.

Der Trend geht wieder mehr zur Direktvermarktung zu saisonalen Produkten aus der Region. Wie könnte dieser Bereich noch mehr gefördert werden?

Als SPD wollen wir die regionale Zusammenarbeit fördern. Wir brauchen eine Neubelebung dezentraler Produktions- und Verarbeitungsstrukturen. Nur auf diesem Weg lassen sich die von Verbrauchern gewünschten kürzeren Lieferketten erreichen und Wertschöpfung vor Ort schaffen. Dies bedeutet auch eine gezieltere Förderung der Direktvermarktung mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK). Regionale Strukturen, die einmal zerstört sind, lassen sich nur in einem großen, gemeinsamen Kraftakt wiederherstellen.

Dies beweist derzeit die Situation in der Fleischbranche. Gerade in der Tierhaltung führen kurze Wege für Futter und Nutztiere und deutlich weniger Tierleid. Für mehr regionale Schlachtmöglichkeiten wird auch eine Anpassung der hygienerechtlichen Rahmenbedingungen auf EU-Ebene diskutiert werden müssen. Daneben ist auch eine Aufstockung des Kontrollpersonals notwendig, damit die Lebensmittelsicherheit gewährleistet werden kann.

Landwirte sollen durch ihre Erträge und ihren Beitrag zur Lebensmittelherstellung gut leben können. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Nahrungsmittel. Deshalb werden wir alles daran setzen, dass im Lebensmittelhandel unfairen Handelspraktiken der Garaus gemacht wird.

darin und gibt es Nachteile?

Da ich zum ersten Jahrgang der Studierenden am European Campus Rottal-Inn gehört habe, weiß ich ganz genau, was es bedeutet, in einer Kleinstadt zu studieren. Prinzipiell finde ich es gut, dass es mehr Hochschulen in der Fläche gibt, denn davon kann und wird das ganze Umfeld profitieren. Natürlich muss eine solche Hochschule nicht nur vom Hörsaal bis zur Lehre gedacht werden, sondern auch die ganze Infrastruktur drumherum.

In Pfarrkirchen hatten wir erlebt, dass es viel zu wenige studentengerechte Wohnheiten gab. Dadurch standen die Studierenden auf dem Wohnungsmarkt in Konkurrenz zu den Einheimischen, was wiederum zu erhöhten Mietpreisen in der Stadt führte. Es wäre aus meiner Sicht wichtig, dass man hier im Vorfeld geeignete Wohnheime schafft.

Generell: Eine Hochschule in Dingolfing würde die Stadt und den Kreis enorm aufwerten, aber dazu braucht es ein gutes Konzept, sodass Kreis, Stadt, Bevölkerung und die Studierenden davon profitieren.

Wie soll das Leben weitergehen, wenn die Corona-Zahlen weiter steigen? Welche Pläne haben Sie für KiTas, Schulen, Einzelhandel und Gastronomie?

Es darf keinen weiteren Lockdown geben. Angesichts der Impfquote wäre dies auch nur schwer begründbar, denn wer sich schützen will, kann sich impfen lassen. Wer auf diesen Schutz freiwillig verzichtet, kann nicht erwarten, dass die gesamte Gesellschaft noch einmal solch einschneidende

– red